

Menschlichkeit statt Wegrationalisierung!

Am 28.1.2016 teilte die Direktion Soziales und Sicherheit mit, dass Biel ohne regional koordiniertes Vorgehen die Obergrenze der Mietzinslimiten per 1.2.2016 für Sozialhilfe beziehende Menschen herabsetzt. Probleme werden dadurch jedoch keine gelöst, sondern nur verschoben, wenn nicht gar verstärkt. Die Massnahme ist kontraproduktiv und reiht sich ein in die Strategie der Stadt, Wohnraum für gewisse Menschengruppen unzugänglich zu machen, um so die Sozialhilfequote senken zu können. Deshalb fordert eine Gruppe sozialer Institutionen aus Biel die sofortige Aufhebung der Senkung dieser Massnahmen. Ausserdem fordert sie konkrete Bemühungen des Gemeinderates, um in Zukunft sicherzustellen, dass Menschen (und im Speziellen Menschen mit Unterstützung der Sozialhilfe) im Raum Biel würdigen Wohnraum finden.

„Es ist Aufgabe jedes Gemeinwesens, dafür zu sorgen, dass seine Bevölkerung in Würde leben und am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilhaben kann.“

So steht es im Leitbild der Abteilung Soziales der Stadt Biel geschrieben. Doch die neuesten Kürzungen der Mietzinslimite sprechen eine andere Sprache: Eine Einzelperson hat beispielsweise neu Netto nur noch Fr. 650.- statt 700.- pro Monat zur Verfügung. Einem Haushalt ab 4 Personen (2 Elternteile – 2 Kinder oder 1 Elternteil – 3 Kinder) werden gar Fr. 100.- von der Mietzinslimite gekürzt. Für alleinerziehende Mütter oder Väter ist diese Kürzung also eine besonders grosse Belastung. Können die betroffenen Personen den Unterschied nicht durch eine Mietreduktion von Seiten des Vermieters auffangen, wird ihnen die Differenz entweder vom monatlichen Grundbedarf abgezogen oder sie sind gezwungen, sich eine neue Wohnung zu suchen. Familien werden so aus ihrem gewohnten Umfeld gerissen, was nicht zuletzt für Kinder eine enorme Belastung darstellt, da es mit Kindergarten, Schulwechsel und Verlust des Freundeskreises einhergeht.

Dabei sei gesagt: Dass kaum zumutbare Wohnungen oft zu überrissenen Preisen angeboten werden, ist in der Tat auch in Biel ein existierendes Problem. Und so ist es auch verständlich dass der Sozialdienst und die Stadt ihr Geld nicht an Menschen auszahlen wollen, die von der misslichen Lage anderer profitieren. Doch dabei geht vergessen, dass bei weitem nicht alle Anbieter so sind. Die Mehrheit derer, die ihre Wohnung zu einem anständigen Preis vorurteilslos an unterschiedlichste Menschen vermieten (u.a. auch Wohnbaugenossenschaften), kommen nun nicht darum herum, sich zu überlegen, ob sie dies weiterhin noch tun wollen oder finanziell überhaupt können. Findet jemand gar keine Anschlusslösung, ist die Person vorübergehend auf eine Notlösung (wie das Passantenheim der Heilsarmee oder die Notschlafstelle) angewiesen. Diese wiederum kosten den Sozialdienst ein Vielfaches von dem was man sich einzusparen erhofft.

Wenn die komplette Verantwortung für das Problem der überhöhten Mieten nun den sozialhilfebeziehenden Menschen übertragen wird, liegt aber die Vermutung nahe, dass es um mehr als nur finanzielle Einsparungen geht. Die Sozialhilfequote in Biel ist seit Jahren überdurchschnittlich hoch und diese reduzieren zu wollen seit jeher ein beliebtes Wahlversprechen von Politikern aller Couleur. Das ist sehr wohl erstrebenswert, doch kann man dies auf unterschiedliche Arten tun:

Variante eins unterstützt Menschen nachhaltig darin, im Arbeitsmarkt und der Gesellschaft im Allgemeinen Fuss zu fassen um längerfristig wieder auf eigenen Beinen stehen zu

können. Dies ist die Variante des Vertrauens und des Glaubens. Des Vertrauens in die Fähigkeiten jedes Menschen und den Glauben daran, dass jeder in der Gesellschaft einen Platz finden kann. Variante zwei ist die des Misstrauens und der Resignation. Indem Menschen das Leben so ungemütlich wie möglich gemacht wird, werden diese früher oder später weiterziehen, in der Hoffnung an einem anderen Ort einen Platz zu finden, an dem sie ein Leben in Frieden und Würde leben können. Diese Strategie, welche wir zurzeit in ganz Europa in der Flüchtlingspolitik erleben, ist auf regionaler Ebene seit Jahren für viele Menschen bereits harte Realität. Genauso wie sich Länder gegenüber Flüchtlingen verschliessen, werden auch Sozialhilfebezüger mehr und mehr zu Menschen, die man lieber nicht in seiner Gemeinde / seiner Nachbarschaft haben möchte. Seit Jahren wird der Wohnraum in Biel aufgewertet und damit die Mieten immer teurer gemacht. Die Kürzung der Mietzinslimite ist nun der nächste Schritt, um Menschen aus Biel „wegzurationalisieren“.

Das Wort mag zynisch klingen doch ist es nicht aus der Luft gegriffen. In einer Zeit in der an allen Ecken Arbeitsstellen wegrationalisiert werden, ist es nicht vermessen, davon zu sprechen, dass auch Menschen aus Städten wegrationalisiert werden. Dieses Hin- und Her-Geschiebe zwischen Gemeinden ist längst ungeschriebene Praxis geworden. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diese Machenschaften nicht einmal mehr als Skandal angeschaut werden. Wir haben uns daran gewöhnt, dass Zahlen über Menschen stehen, dass man mit rationalen, wirtschaftlichen Gründen alles legitimieren kann oder dass eine Stadt in ihrer Strategie offen darüber sprechen kann, den Lebensraum für gewisse Menschen unattraktiv machen zu wollen.

Doch in der rationalen Diskussion um finanzielle Einsparnisse und befürchtetem Imageschaden geht etwas verloren: die Menschlichkeit. Hinter all diesen Zahlen stehen Menschen, stehen Schicksale. Sind Menschen gezwungen aus einer Stadt wegzuziehen, mag sich das positiv auf die Statistik auswirken, die Lebenssituation der Menschen hat sich oftmals jedoch gar noch verschlechtert. Denn zu ihren sonstigen Problematiken gesellt sich durch den Wegzug an einen unbekanntem Ort noch eine Entwurzelung und Entfremdung hinzu. Diesen Menschen in ihren Lebensbereichen Unterstützung zu bieten, sollte oberstes Ziel des Gemeinwesens sein. Die Stadt Biel entfernt sich mit ihrer Politik jedoch immer weiter davon.

Deshalb fordern wir die sofortige Aufhebung der Senkung der Mietzinslimiten. Ausserdem fordern wir konkrete Bemühungen des Gemeinderates, um in Zukunft sicherzustellen, dass Menschen (und im Speziellen Menschen mit Unterstützung der Sozialhilfe) im Raum Biel würdigen Wohnraum finden.

Dieses Anliegen wird von den folgenden Institutionen unterstützt:

- Sozialberatung Heilsarmee und kirchliche Passantenhilfe
- Fachstelle Soziales der röm.-kath. Kirchgemeinde Biel und Umgebung
- Streetwork –Reflex: Mobile Suchtarbeit des Contact Netz
- Notschlafstelle Sleep-In Biel/Bienne
- Sozialberatung im Wyttenbachhaus
- Verein Gassenküche VAGOS Biel/Bienne
- Frauenhaus Beratungsstelle Region Biel / Solidarié femmes région biennoise
- Kirchlich getragene Gassenarbeit Biel-Seeland-Jura

Für Rückfragen und Stellungnahme wenden Sie sich bitte an folgende Adresse:

Gassenarbeit Biel, Mittelstrasse 5, 2502 Biel – team@gassenarbeit-biel.ch – 032 322 75 10 (Mo, Di, Do, Fr)